



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Vorlagennummer: 2025/396
Vorlageart: Antrag an den Kreistag
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Änderungsantrag der Gruppe AfD-Fraktion/ Die Basis vom 10.12.2025 zum Thema " Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2026"

Eingereicht am:
Verantwortlich: Gruppe AfD-Fraktion/ Die Basis

Beratungsfolge

Beratungsfolge	Öffentlichkeitsstatus
Kreistag (Entscheidung)	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Im Teilbereich des Haushaltsplans 00010, Produkt 111027 - Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann - wird der Zuschuss Rechtsextremismusbeauftragte*r beim Landkreis Lüneburg gestrichen.
2. Im Teilhaushalt 40010, Produkt 261001 - Theater wird der Zuschuss an freie Theater auf 17.000.- Euro reduziert und im Teilhaushalt 22000, Produkt 261001 wird der Zuschuss an Theater Lüneburg GmbH auf 645.000.- Euro reduziert.
3. Der Teilbereich des Haushaltsplans 34000, Produkt 561002 - Klimaschutz wird gestrichen.

Sachverhalt:

1. Die Stelle eines Rechtsextremismusbeauftragten im Landkreis Lüneburg ist überflüssig, da in Lüneburg viel mehr der Linksextremismus seit Jahren eine Heimat gefunden hat.
2. Die Aufwendungen des Theaters betragen schon 2018/2019 mehr als 10 Mio. Euro pro Spielzeit, davon allein rd. 8,0 Mio. Euro an Personalkosten. Ohne eigene Anstrengungen und ohne rigide Einsparungen ist der Betrieb des Theaters auf mittlere Sicht gefährdet.
3. Millionen Euro aus dem Haushalt unseres Landkreises gehen jährlich in einen angeblichen Klimaschutz, ohne, dass irgendein Nutzen dafür belegt ist. Diesem schlechten Geld noch gutes hinterher zu werfen, ist verantwortungslos und den Steuerzahlern nicht länger zuzumuten. Angesichts eines Defizits von bis zu 40 Mio. Euro im Jahr ohne eine Perspektive auf Verbesserung der finanziellen Situation des Landkreises ist die geplante üppige Finanzierung von freiwilligen Leistungen schlichtweg nicht darstellbar.

Finanzielle Auswirkungen:

- a) für die Umsetzung der Maßnahmen: _____ €
- b) an Folgekosten: _____ €
- c) Haushaltsrechtlich gesichert:



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

im Haushaltsplan veranschlagt

durch überplanmäßige/außerplanmäßige Ausgabe

durch Mittelverschiebung im Budget

Begründung:

Sonstiges:

d) mögliche Einnahmen:

wenn ja, umsatzsteuerliche Relevanz der Einnahmen:

ja

nein

klärungsbedürftig

Klimacheck:

Was für eine Klimawirkung hat das Vorhaben?

stark positive Klimawirkung

positive Klimawirkung

keine oder geringe Klimawirkung

negative Klimawirkung

stark negative Klimawirkung

Ergebnis des KlimaChecks (in Tabellenform) einfügen:

Anlage/n

1 - Aenderungsantrag zum Haushalt_AfD_2025_12_10

**Antrag der Gruppe AfD-Fraktion/Die Basis an den Kreistag
09.12.2025**

Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2026

Der Kreistag möge beschließen:

1. Im Teilbereich des Haushaltsplans 00010, Produkt 111027 - Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann - wird der **Zuschuss Rechtsextremismusbeauftragte*r beim Landkreis Lüneburg** gestrichen.
2. Im Teilhaushalt 40010, Produkt 261001 - Theater wird der **Zuschuss an freie Theater** auf 17.000.- Euro reduziert und im Teilhaushalt 22000, Produkt 261001 wird der **Zuschuss an Theater Lüneburg GmbH** auf 645.000.- Euro reduziert.
3. Der Teilbereich des Haushaltsplans 34000, Produkt 561002 - **Klimaschutz** wird gestrichen.

Begründung:

1. Die Stelle eines Rechtsextremismusbeauftragten im Landkreis Lüneburg ist überflüssig, da in Lüneburg viel mehr der Linksextremismus seit Jahren eine Heimat gefunden hat.
2. Die Aufwendungen des Theaters betragen schon 2018/2019 mehr als 10 Mio. Euro pro Spielzeit, davon allein rd. 8,0 Mio. Euro an Personalkosten. Ohne eigene Anstrengungen und ohne rigide Einsparungen ist der Betrieb des Theaters auf mittlere Sicht gefährdet.
3. Millionen Euro aus dem Haushalt unseres Landkreises gehen jährlich in einen angeblichen Klimaschutz, ohne, dass irgendein Nutzen dafür belegt ist. Diesem schlechten Geld noch gutes hinterher zu werfen, ist verantwortungslos und den Steuerzahlern nicht länger zuzumuten.

Angesichts eines Defizits von bis zu 40 Mio. Euro im Jahr ohne eine Perspektive auf Verbesserung der finanziellen Situation des Landkreises ist die geplante üppige Finanzierung von freiwilligen Leistungen schlichtweg nicht darstellbar..